

Zur Zukunft der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik

Akbulut, Hakan; Günay, Cengiz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Akbulut, H., & Günay, C. (2015). *Zur Zukunft der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik*. (Working Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik, 83). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58095-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zur Zukunft der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik

Arbeitspapier 83 /2015

Hakan Akbulut / Cengiz Günay

Die Türkei in der AKP-Ära:

Stark, kreativ, selbstbewusst und demokratisch?

Zusammenfassung

Ahmet Davutoğlu, türkischer Premierminister und Vorsitzender der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), hat in seiner früheren Funktion als Außenminister des Landes (im Jahre 2013) erklärt, dass das Ziel der AKP nach ihrer Regierungsübernahme darin bestanden habe, das Land, das bereits über eine starke Armee verfügt habe, mit wirtschaftlicher Stärke, einer strategischen Vision, und Selbstbewusstsein auszustatten, und hierbei demokratische Verhältnisse sowie den inneren Frieden zu gewährleisten. Dieses Papier bietet einen kurzen Abriss der innen-, wirtschafts- sowie außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen in der AKP-Ära und zeichnet die gemischte Bilanz der AKP in den von Davutoğlu genannten Punkten in groben Umrissen nach.

Abstract

Former Turkish Foreign Minister, Ahmet Davutoğlu, currently Prime Minister and the Leader of the Justice and Development Party (AKP), once held that AKP's objective after assuming power had been furnishing a country that already had a strong army with economic might, a strategic vision, and self-confidence while, at the same time, guaranteeing democratic rights and freedoms as well as peace at home. This paper gives a brief account of developments in the country's economic, domestic, foreign and security policies in the AKP era and highlights AKP's mixed record in the areas identified by Davutoğlu.

Keywords

Türkei, AKP, türkische Innenpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft, Demokratie

Autor

Mag. Hakan Akbulut ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oip und Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte bilden die türkische Außen- und Sicherheitspolitik, nukleare Non-Proliferation und Abrüstung sowie der Zypernkonflikt. Hakan Akbulut absolviert derzeit ein Doktoratsstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Danksagung

Der Autor bedankt sich ganz herzlich bei Mag.^a Daniela Härtl für ihr umsichtiges Lektorat!

Türkische Außenpolitik - Reloaded?

Zusammenfassung

Die türkische Außenpolitik unterlief in den letzten Jahren mehrfach Kursänderungen. Nachdem Ankara ab Mitte der 2000er Jahre gestützt auf Soft-Power eine Politik der Öffnung gegenüber der Nachbarschaft betrieb, haben die Ereignisse des Arabischen Frühlings und vor allem der Krieg in Syrien eine Rückkehr zu militärischer Abschreckung begünstigt. Auch wenn die türkische „Ostpolitik“ oft als ein Ausdruck der ideologischen Motivationen und einer neuen islamischen Identität gewertet wird, so argumentiert dieses Papier, sind diese Elemente nur Bestandteile einer Außenpolitik, die vor allem durch realistische Ansätze geleitet ist.

Autor

Dr. Cengiz Günay forscht am Österreichischen Institut für Internationale Politik zu den Themen: Islamismus, Demokratisierungs- und Reformprozesse, Soziale Bewegungen und die Verschiebung von Macht. Er hat den regionalspezifischen Fokus: Türkei / Naher Osten.

Inhalt

Die Türkei in der AKP-Ära: Stark, kreativ, selbstbewusst und demokratisch?.....	5
Einleitung	5
Ein kurzer Rückblick: Die Problemzonen der türkischen Republik.....	6
Reform und Wandel in der AKP-Ära	7
Stagnation und Rückschritt in der AKP-Ära.....	11
Schluss und Ausblick	17
Literatur	22
Türkische Außenpolitik - Reloaded?	26
Ideologie als Vehikel einer neo-realistischen Machtpolitik	27
Die Syrienpolitik der AKP in Bedrängnis	30
Literatur:	33

Die Türkei in der AKP-Ära:

Stark, kreativ, selbstbewusst und demokratisch?

Einleitung

Ahmet Davutoğlu, früherer türkischer außenpolitischer Chefberater des Premiers, späterer Außenminister, und derzeit Vorsitzender der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) und selbst Premierminister, verglich in einer im Jahre 2013 an *Brookings Institution* gehaltenen Rede die Türkei des Jahres 2002 – als die AKP die Regierungsgeschäfte übernahm – mit einem Menschen mit kräftigen Muskeln (also einer starken Armee), einem leeren Magen (d.h. wirtschaftlich schwach und auf die Hilfe von außen angewiesen, um die Muskeln zu versorgen), einem kleinen Hirn (somit nicht in der Lage, neue Visionen und Ideen zu kreieren) und einem unsicheren, wankenden Herzen („shaky heart“ im Original; siehe Brookings 2013). Es sei somit darum gegangen, die starken Muskeln, die das Land benötige, zu pflegen, die Wirtschaft in die Lage zu versetzen, diese zu unterstützen, eine neue strategische Vision zu entwickeln, und hierbei selbstbewusst aufzutreten. „This self-confidence is important as a soft-power. You need to be confident of your position, your policy, and vision! We will definitely have a strong hard power including defense industries; but that hard power will be led by creative soft power, smart power“, hob Davutoğlu (ibid.) hervor. Zugleich betonte er die Bedeutung der Demokratisierung für die außenpolitischen Zielsetzungen des Landes. Der türkische Staat habe zuvor jeden im Land und jedes Nachbarland als eine Bedrohung wahrgenommen, während das Konzept der inneren Bedrohung in der AKP-Ära eliminiert worden sei. In einem in *Foreign Policy* publizierten Artikel argumentierte Davutoğlu (2013) ähnlich, dass die Türkei keine aktive Außenpolitik betreiben könne, ohne die Rechte und Freiheiten seiner Bürger zu gewährleisten. „As Turkey achieved greater domestic peace, my country became more capable of realizing its foreign-policy objectives“, stellte der damalige Außenminister fest (ibid.). Dieses Papier bietet vor diesem Hintergrund einen kurzen Abriss der innen-, wirtschafts- sowie außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen in der AKP-Ära und zeichnet die gemischte Bilanz der AKP in den von Davutoğlu in genannten Punkten in groben Umrissen nach.

Ein kurzer Rückblick: Die Problemzonen der türkischen Republik

In der Tat stellte die türkische Republik über weite Strecken einen „schwachen Staat“ (*weak state*) mit einer großen Armee dar – der zweitgrößten innerhalb der NATO. Politisch wie wirtschaftlich prägten beinahe zyklisch wiederkehrende Krisen das Bild. In einem auf den Prinzipien des Kemalismus aufbauenden System kam es zu einer Entfremdung zwischen dem Staat und breiten Bevölkerungsschichten. Die kurdische Identität etwa wurde lange Zeit geleugnet und ein restriktives Laizismusverständnis praktiziert, während Ideologien jenseits des Kemalismus nicht toleriert und als eine Bedrohung für das Regime angesehen wurden. Als Wächter des Regimes etablierte sich die Armee, die mehrere Male putschte (1960, 1971, 1980, 1997) und die Geschicke des Landes mitbestimmte. Politische Fragmentierung und Polarisierung brachten vor allem in den 1970er und 1990er Jahren kurzlebige Koalitionsregierungen hervor, die einander rasch ablösten. Darüber hinaus brachen bewaffnete Auseinandersetzungen aus, die vor allem in den 1970er Jahren viele Opfer forderten (Kuniholm 1983, 438; Jenkins 2005, 20). 1984 nahm die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) den Kampf gegen den türkischen Staat auf, der in diesem Sommer (2015) erneut entflammt ist. Wirtschaftlich wurden einerseits durchwegs hohe Wachstumsraten erzielt (World Bank 2014, 55-56). Gleichzeitig aber prägten hohe Inflationsraten, Devaluationen über Nacht, eine hohe Auslandsverschuldung, ein anfälliges Bankensystem und schließlich wiederkehrende Wirtschaftskrisen (zuletzt 2001) das Bild, womit das System nicht den Wohlstand generieren konnte, um breite Bevölkerungsschichten aus der Armut zu holen. Zudem wurde auch vor dem Hintergrund des Kalten Krieges sowie angesichts von Animositäten mit vielen Nachbarländern und der dominanten Stellung der Armee im System ein beträchtlicher Teil der Ressourcen für Verteidigung und Sicherheit aufgewendet, während das Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen unzureichend finanziert wurden und dementsprechend schwach aufgestellt waren.

Außen- und sicherheitspolitisch erfolgte 1952 die Aufnahme in die NATO und die beinahe ausschließliche Orientierung am Westen, insbesondere an den USA. Dies resultierte nicht nur aus pragmatischen Überlegungen, sondern auch aus ideologischen Gründen und im Rahmen eines nach kemalistischen Vorstellungen zu erfolgenden Westernisierungs- und Zivilisierungsprozesses. Bereits 1963 wurde ein Assoziationsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) abgeschlossen, welches auch die Beitrittsperspektive enthielt. Indes versuchte sich das Land von den Konflikten im Nahen Osten abzuschotten. Das Verhältnis zu Ländern wie den Iran, den Irak, oder Syrien wurde zudem von unterschiedlichen Streitpunkten (wie z.B. von

deren angebliche oder tatsächliche Unterstützung für die PKK, oder im Falle Syriens oder des Iraks, vom Disput über die Verteilung des Wassers der Flüsse Tigris und Euphrat) belastet. Während es zeitweise Bemühungen gab, vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Iran oder dem Irak auszubauen, blieb die östliche Dimension der türkischen Außenpolitik insgesamt unterentwickelt. Daneben belasteten der Konflikt in und um Zypern sowie Streitigkeiten u.a. über die Abgrenzung der Grenzen zu Luft und See in der Ägäis die Beziehungen mit Griechenland, brachten die beiden Länder mehr als nur einmal an den Rand einer bewaffneten Auseinandersetzung und schlugen sich entsprechend negativ in ihren Beziehungen zu den USA sowie in ihrer Kooperationsbereitschaft im Rahmen der NATO nieder. Sowohl dem Westen als auch dem Osten standen die türkische Sicherheitselite und Großteile der Bevölkerung gleichzeitig insgesamt misstrauisch und skeptisch gegenüber. Das sog. Sèvres Syndrom,¹ wonach ausländische Mächte konspirierten, um die Türkei zu schwächen und ihre territoriale Integrität zu unterminieren, prägte die Wahrnehmung und Interpretation. Es diente aber gleichzeitig dazu, die Stellung der Sicherheitseliten zu festigen und die autoritären Züge des Systems zu legitimieren.

Reform und Wandel in der AKP-Ära

Die AKP wurde 2002 unter dem Eindruck von Instabilitäten und Krisen der 1990er Jahre und der schweren Wirtschaftskrise von 2001² an die Regierung gewählt, während keine der alteingesessenen Parteien abgesehen von der Republikanischen Volkspartei (CHP) den Einzug ins Parlament schaffte. Die AKP setzte den nach dem Helsinki-Gipfel von 1999, auf dem der Türkei der EU-Beitrittskandidatenstatus verliehen worden war, eingeschlagenen politischen Reformkurs sowie die angesichts der Wirtschaftskrise unter der Federführung von Kemal Derviş eingeleiteten Finanz- und Wirtschaftsreformen fort. Politisch wie wirtschaftlich wurden zunächst wichtige Fortschritte erzielt, sodass auch die EU-Kommission im Jahr 2004 bestätigte, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien erfüllte, und in diesem Sinne die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfahl.

¹ Der Vertrag von Sèvres sah nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eine Aufteilung der osmanischen Gebiete unter den Ländern Armenien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, und Italien vor. Er wurde jedoch nicht implementiert. Im Anschluss an den türkischen Befreiungskrieg wurden der Status und die Außenbeziehungen des Landes mit dem Vertrag von Lausanne neu geregelt.

² Laut Turan (2011, 74-75) schrumpfte die türkische Wirtschaft um 8,5% bis 9%, 1,5 Mio. Menschen verloren ihre Arbeit, die Inflation kletterte von 30% auf 70%, und die Binnenverschuldung vervierfachte sich, während die Zinslast der Zentralbank sich mehr als verdoppelte. Darüber hinaus mussten 19 Banken schließen.

Im politischen Feld wurde vor allem der Einfluss der Militärs zurückgedrängt und eine Normalisierung in den zivil-militärischen Beziehungen des Landes vorangetrieben. Darüber hinaus wurden u.a. die Rechte von Minderheiten ausgeweitet, die Ausstrahlung von Sendungen in einer anderen Sprache als Türkisch erlaubt, der Kurdischunterricht zunächst in privaten Bildungsinstitutionen, später als Wahlfach an Schulen zugelassen (Sabah, 3. Oktober 2012), das Strafgesetzbuch novelliert, ein Ombudsmannsystem eingerichtet, die Rechte von Gewerkschaften ausgeweitet, und die Möglichkeit der Individualbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof eingeführt (Akbulut 2005, 129-131; Seufert 2010). Das türkische Ministerium für EU-Angelegenheiten gab 2014 an, dass die Türkei in den letzten 12 Jahren „326 primary and 1730 secondary legislation to ensure alignment with the EU Acquis“ verabschiedet hat (TMEU 2014, 9). Zudem wurde das Kopftuchverbot an Universitäten und, mit einigen wenigen Ausnahmen, im öffentlichen Dienst aufgehoben, die Diskriminierung von Absolventen von Predigerschulen (Imam Hatips) bei der Zulassung an Universitäten beendet, und die Koranrezitation als Wahlfach in Schulen eingeführt (siehe Sabah, 30. März 2012). Auch Abgeordnete mit einem Kopftuch stellen in der Türkei heute keine Ausnahmeerscheinung mehr dar, während der Versuch einer Abgeordneten der Tugend Partei, ihren Eid im Parlament mit einem Kopftuch zu leisten, im Mai 1999 heftige Proteste ausgelöst hatte und sie hiervon abgehalten worden war. Was die kurdische Frage betrifft, so hat die AKP zunächst einen Zickzackkurs verfolgt, wobei sie einerseits von einer Öffnung gegenüber den kurdischen MitbürgerInnen und einer Versöhnung sprach, andererseits aber auch versuchte, das Kurdenproblem in alter Manier als ein Sicherheits- und Terrorproblem zu definieren und eine Lösung mit militärischen Mitteln herbeizuführen. Letztendlich wurden jedoch Gespräche mit dem inhaftierten Anführer der PKK, Abdullah Öcalan, aufgenommen (Aljazeera Turk, 25. April 2013). In einem ersten Schritt wurde ein Waffenstillstand und der Abzug der PKK-Kämpfer aus der Türkei vereinbart. Obwohl der Abzug nicht vollständig erfolgte und es zu vereinzelt Zwischenfällen kam, hielt die Waffenruhe und die Gespräche wurden weitergeführt. Im Frühjahr 2015 rief Öcalan die PKK sogar dazu auf, einen außerordentlichen Kongress einzuberufen, auf dem eine Beendigung des bewaffneten Kampfes beschlossen werden sollte (Aljazeera Turk, 28. Februar 2015). Zudem wurden bei einem gemeinsamen Treffen von Regierungsvertretern und Abgeordneten der HDP (Die Demokratische Partei der Völker) die von Öcalan formulierten Themenbereiche verlautbart, die den Gegenstand der nun aufzunehmenden Verhandlungen bilden sollten.

Die nach der Wirtschaftskrise von 2001 eingeleiteten Reformen führten nicht nur zu einer größeren Resilienz des Banken- und Finanzsektors, sondern erlaubten gemeinsam mit steigenden

Investitionen aus dem Ausland sowie dem wachsenden Außenhandel,³ dem Bauboom, der Expansion des Dienstleistungssektors sowie dem wachsenden Privatkonsum für mehr als eine Verdreifachung des nominalen BIPs.⁴ Zudem ging die Inflation auf den einstelligen Bereich zurück. Während Kutlay einerseits zu bedenken gibt, dass “[e]xtraordinarily favorable global liquidity conditions and availability of cheap foreign capital until the 2008 global economic crisis” (Kutlay 2015, 3) den wirtschaftlichen Aufschwung wesentlich begünstigten, hebt er gleichzeitig hervor, dass eine Kombination aus niedrigen Inflations- und hohen Wachstumsraten die Besonderheit der wirtschaftlichen Entwicklung in der AKP-Ära ausmacht. Die nun zusätzlich verfügbaren finanziellen Ressourcen wurden u.a. auch in den Gesundheits- und Sozialbereich sowie in den Ausbau der Infrastruktur investiert. Die Weltbank hält in ihrem Bericht von 2014 fest, dass “[f]or a poor Turkish family in a village or small town in eastern Turkey, health services have never been so good,” womit die Zufriedenheitsraten mit dem Gesundheitssystem von ca. 40% Anfang der 2000er nun auf 80% gestiegen sind (World Bank 2014, 14). Öniş und Güven (2011, 592) streichen hervor, dass ca. 10% der Bevölkerung in den Jahren von 2002 bis 2006 aus der Armut geholt wurden. Kutlay (2015, 4) stellt ähnlich fest, dass das Wachstum „contributed to the overall welfare of the country and had, in a low inflation environment, ‘significant trickle-down effects’.”

Wie zuvor festgehalten, spielten und spielen der Außenhandel sowie Investitionen aus dem Ausland eine besondere Rolle, um hohe Wachstumsraten zu erzielen und in weiterer Konsequenz den Wohlstand zu heben. Zu diesem Zweck mussten die politischen sowie wirtschaftlichen Voraussetzungen im und um das Land geschaffen werden. Rechtssicherheit und politische Stabilität sowie ein friedliches Umfeld erschienen hierbei als logische Komponenten. Dies machte somit eine Fortführung und Intensivierung des Reformkurses zu Hause und neue außenpolitische Initiativen unerlässlich. Der Ausbau der Beziehungen mit den Ländern des Nahen Ostens und die Erweiterung der Reichweite der türkischen Außenpolitik (siehe den Ausbau der Beziehungen mit Ländern Afrikas oder Latein Amerikas) dienten somit auch einem wirtschaftlichen Kalkül (siehe dazu auch Kirişçi 2009). Es sollten neue Absatzmärkte für türkische Produkte und Dienstleistungen erschlossen und Kapital aus diesen Ländern „angelockt“ werden. In diesem Sinne sollten althergebrachte Probleme und Konflikte einer Lösung zugeführt und stabile

³ Das Handelsvolumen stieg im Zeitraum 2002 bis 2013 von \$ 114 Mrd. auf \$ 476 Mrd. (Kutlay 2015, 4).

⁴ Das BIP betrug im Jahr 2002 \$ 233 Mrd. und stieg im Jahr 2013 auf \$ 830 Mrd. (Kutlay 2015, 4). Kutlay (ibid.) verweist darauf, dass die reale BIP-Wachstumsrate im Zeitraum 2002 bis 2012 64% ausmachte, während das Wachstum pro Kopf 43% betrug. Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise schrumpfte die türkische Wirtschaft im Jahr 2009 um 4,8% und wuchs im Zeitraum 2010 bis 2011 um 8,85% (ibid.).

und attraktive Konditionen für die Investoren aus dem Ausland sowie für die türkischen Wirtschaftstreibenden an sich geschaffen werden.

Die angestrebte Vertiefung sowie der Ausbau der Beziehungen zu den Ländern des Nahen Ostens sollte zugleich zur Schaffung von Interdependenzen beitragen und ein gewisses Maß an Integration erlauben, um im Sinne eines funktionalistischen Modells und ähnlich des EU-Beispiels eine Lösung der Konflikte in der Region voranzutreiben und stabile Verhältnisse zu schaffen. Einerseits wurden bi- und multilaterale Vereinbarungen getroffen, um einen freien Waren- und Personenverkehr zu forcieren. Ein Resultat dieser Bemühungen war beispielsweise *Şamgen*, ein Abkommen zwischen der Türkei, Syrien, dem Irak sowie dem Iran, welches analog zum Schengenabkommen Reiseerleichterungen für die BürgerInnen dieser Länder brachte. Es sollte auch den Weg zur Gründung einer regionalen Freihandelszone bereiten. Zudem gründeten die Türkei, Syrien, Jordanien und der Libanon im Sommer 2010 den *Close Neighbors Economic and Trade Association Council* (CNETAC) mit dem Ziel, eine Freihandelszone zu errichten; bilaterale Freihandelsabkommen mit Syrien und Jordanien traten bereits 2007 bzw. 2011 in Kraft. Zum anderen versuchte die Türkei auch als Vermittler oder Fazilitator zum Abbau von Spannungen und zur Beilegung von Konflikten beizutragen – in manchen Fällen weniger erfolgreich, in anderen mehr. So wurde zum Beispiel zwischen Syrien und Israel vermittelt, zwischen unterschiedlichen palästinensischen Gruppen, oder auch zwischen Pakistan und Afghanistan und zwischen Serbien, Kroatien und Bosnien. Die Türkei trat gemeinsam mit Brasilien auch als Fazilitator zwischen dem Iran und den P5+1 (China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA plus Deutschland) im Nukleardisput auf.

All dies diente natürlich auch dazu, die internationale Sichtbarkeit der Türkei zu erhöhen und sie regional wie global zu einem angesehenen und einflussreichen Akteur zu machen. Eine mächtige Türkei, deren Stimme international Gehört findet, die mitentscheidet und mitgestaltet, stellte wenig überraschend eines der Hauptmotive der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik in der AKP-Ära dar. Zur Erreichung dieser Ziele setzte die türkische Außenpolitik auf *Engagement* und *positive Anreize (attraction)* statt auf *Zwang (coercion)* und *Eindämmung (containment)*. „Turkey transformed from being cited as a ‘post-Cold War warrior’ or a ‘regional coercive power’ to a ‘benign’ if not ‘soft’ power“, fast Kirişci (2009, 29) zusammen. Der wirtschaftliche und politische Erfolg zu Hause stärkten die Position des Landes sowie das Selbstbewusstsein der Türkei in der internationalen Arena, während internationaler Aktivismus, der

zeitweise in Aktionismus umschlug,⁵ wiederum das Selbstbewusstsein und das Selbstwertgefühl zu Hause beflügelte. Was das Gefühl, eine erfolgreiche und aufstrebende Nation zu sein, welches eigenständig operieren und international konkurrieren konnte, weiter nährte, waren und sind diverse Waffen- und Infrastrukturprogramme zu Hause. Vom Bau von Gewehren, über Kampfhubschrauber, Kampfflugzeuge und Drohnen, Kriegsschiffe und Panzer, bis hin zu ballistischen Raketen und Präzisionswaffen – diese Programme, die sich in unterschiedlichen Stadien befinden, manche in der Konzepterstellung, während andere die Produktionsreife erreicht haben oder bereits produziert werden, und in den meisten Fällen in Kooperation mit ausländischen Firmen realisiert werden (sollen), signalisieren nicht nur technologischen Fortschritt und erweitern das Exportportfolio des Landes, sie werden auch zum Symbol neu erlangter Stärke und sinkender Abhängigkeit von internationalen Produzenten. Ermöglicht werden sie natürlich auch vom wirtschaftlichen Aufschwung und den hierdurch generierten zusätzlichen Ressourcen. Von Bedeutung in diesem Zusammenhang sind auch gigantische Infrastrukturprogramme wie zum Beispiel der Bau eines dritten Flughafens in Istanbul (das eines der weltweit größten werden soll) oder einer dritten Brücke über den Bosphorus (mit acht Spuren für den Autoverkehr und zwei weiteren für den Schienenverkehr ebenso mit gigantischen Dimensionen).

Stagnation und Rückschritt in der AKP-Ära

War es der AKP insbesondere in ihrer ersten Legislaturperiode gelungen, als Reformkraft aufzutreten und die Lösung chronischer Probleme des Landes erfolgreich in Angriff zu nehmen, was sich auch in steigenden Wählerstimmen niederschlug, so zeigten AKP-Granden, allen voran der frühere Premierminister und derzeit amtierende Präsident, Recep Tayyip Erdoğan, in ihrer Reaktion auf innenpolitische Opposition und Proteste, Reflexe und bedienten sich einer Rhetorik, die man von kemalistischen Eliten gewohnt war. Als beispielsweise die Pläne zur Umgestaltung des Taksim Platzes und des Gezi Parks Proteste auslösten, die sich nach einem unverhältnismäßigen Eingriff der Sicherheitskräfte auf beinahe alle Provinzen des Landes ausdehnten, identifizierte Erdoğan die Demonstranten als Plünderer und Handlanger von Zinslobbys und ausländischen Mächten. Während die Proteste mit den arabischen Revolten wenig gemein hatten, „the Turkish prime minister’s reactions to the protests echoed the discourse of Middle

⁵ „Turkey used to punch below its weight; now, it seems to be punching above it. This would be an unmitigated advantage for Turkey if the AKP were not so quick to call every one of its foreign policy initiatives a resounding success. [...] The Turkish government now runs the risk of believing its own grandiose rhetoric and of dangerously overreaching,” hielten Abramowitz und Barkey in einem *Foreign Affairs* Artikel im Jahr 2009 fest (Abramowitz/Barkey 2009, 127).

Eastern autocracies" stellt Taşpınar (2014, 51) fest und fügt hinzu, dass Erdoğan's „conspirational approach of identifying American neoconservatives, Israel, CNN and even Germany as foreign agitators behind the demonstrations left many wondering whether, after 11 years in power, he was losing touch with reality." Taşpınar verweist auf 8.000 Verletzte und fünf Todesopfer innerhalb von wenigen Tagen nach Ausbruch der Proteste. Das türkische Innenministerium gibt an, dass sich 2,5 Millionen Menschen an den Protesten beteiligt hätten, dass mehr als 4.000 Demonstranten und 600 Polizisten verletzt und 4.900 Menschen in Gewahrsam genommen wurden (siehe Radikal, 23. Juni 2013). Die Gezi-Proteste waren jedoch nicht lediglich eine Reaktion auf die Umgestaltung öffentlichen Raums oder auf eine unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die Polizei – was die Regierung eingestand und sich hierfür entschuldigte – sie fanden auch vor dem Hintergrund von „serious concerns about restrictions on freedom of expression, the prosecution of journalists, the silencing of dissident figures and widespread self-censorship in mainstream media" statt, erklärt Taşpınar (Taşpınar 2014, 51). Von der Warte der AKP-Führung hingegen, waren die Proteste von konspirierenden Kräften vereinbart worden, um ihre Regierung zu Fall zu bringen. Aus diesem Grund lud die AKP ihre eigenen UnterstützerInnen zu Massenkundgebungen ein, um dem „nationalen Willen" Gehör zu verschaffen und zu zeigen, dass sie weiterhin die Unterstützung breiter Massen genoss. In der Tat nahmen an den AKP-Kundgebungen Hunderttausende teil (NTV, 16. Juni 2013; Zaman, 16. Juni 2013).

Als die AKP ca. ein halbes Jahr später mit Korruptionsvorwürfen gegen vier Minister konfrontiert wurde, war für Erdoğan erneut klar, dass es sich um einen Putschversuch gegen seine Partei handelte. Diesmal wurden Polizisten, Staatsanwälte, und Richter, die vermeintlich dem Netzwerk und der Bewegung von Fethullah Gülen angehörten und einen „parallelen Staat" im Staat aufgebaut hatten, als Drahtzieher der Verschwörung schnell ausfindig gemacht – viele wurden suspendiert oder versetzt. Was folgte waren zudem Eingriffe in das Justizwesen, um die Kontrolle der Regierung auszuweiten. Unmittelbar nach den Razzien wurde etwa eine Reform zurückgenommen, nach der der Justiz unterstellte Exekutivbeamte ihre Vorgesetzten in der Exekutive nicht über die Inhalte und den Stand der Ermittlungen informieren mussten. „This enabled the government to be immediately informed of the ongoing (secret) investigations and to take necessary measures, such as changing the involved police officers, accordingly", stellt Özbudun in Bezug auf die Konsequenzen fest (Özbudun 2015). Als dieser Schritt von 15 Mitgliedern des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte (HSYK) kritisiert wurde, kündigte die Regierung eine Novellierung des HSYK-Gesetzes an. Die geplanten Änderungen würden

„severely undermine the separation between the executive and the judiciary, and undercut the judicial independence set out in a constitutional change supported by the AKP itself in a 2010 referendum“, darüber waren sich viele Analysten einig, unterstreicht Taşpınar (2014, 53). Ähnlich argumentiert Özbudun (2015), dass der Gesetzesentwurf „was intended to limit the powers of the Plenary of the HSYK and to strengthen the role of the Minister of Justice as its president.“ Später wurden jedoch Teile des neuen Gesetzes, insbesondere jene, die die Kontrollmöglichkeiten des Justizministers ausdehnten, vom Verfassungsgerichtshof annulliert (Daily Sabah, 11. April 2014). Zu diesem Zeitpunkt waren Personalrochaden innerhalb des HSYK bereits über die Bühnen gegangen und in den Worten von Özbudun (2015) ein „large-scale transfer operation removing judges and public prosecutors involved in corruption investigations to less sensitive posts, and replacing them with pro-government colleagues“ realisiert (Özbudun 2015, 4). Darüber hinaus wurde u.a. auch das Gesetz, das die Aufgaben, Rechte, und Befugnisse des Nationalen Geheimdienstes (MIT) regelt novelliert. Nach Einschätzung des *Center for Legal, Ethical and Political Studies* (HESA) würden mit dieser Änderung die Rechte und Befugnisse des MIT dermaßen erweitert, dass sie den Geheimdiensten von unterdrückerischen („oppressive“ im Original) Regimen ähneln würde (HESA 2014). Auch das Gesetz über die innere Sicherheit wurde dahingehend novelliert, dass u.a. der Schusswaffeneinsatz durch die Polizei erleichtert und die Strafen bei Vergehen gegen Gesetze, die Demonstrationen und Versammlungen regeln, verschärft wurden. Gegen beide Gesetze sind jedoch Klagen beim Verfassungsgerichtshof anhängig, der als einziges Höchstgericht von den Änderungen verschont blieb (Özbudun 2015).

Neben den Eingriffen in das Justizwesen, war ein großes polarisierendes Thema der letzten Jahre die Pressefreiheit. Während Corke et al. (2014, 3) darauf hinweisen, dass die Medien früher auch nicht frei berichten konnten und von der zivilen sowie militärischen Bürokratie vorgegebene rote Linien beachten mussten, stellen sie gleichzeitig fest, dass „as the AKP strengthened its political position [...] it began to assert more control over the media sector, and the old red lines were replaced with new ones“ (ibid., 7). Zu den Taktiken von Erdoğan und der AKP zählen die persönliche Einschüchterung von JournalistInnen, die Ausübung von Druck auf einzelne Holdings im Besitz von Medienunternehmen, unliebsame JournalistInnen zu entlassen, Lauschaktionen des MIT, oder gar Inhaftierungen „under broadly defined antiterrorism laws“ (Corke et al. 2014, 2). Zuletzt wurde auch die Tageszeitung *Hürriyet* zum Ziel von aufgebracht Erdoğan-Anhängern, die mit der Berichterstattung des Mediums über Erdoğan unzufrieden waren. Sie zerschlugen Fenster und die Eingangstüre mit Steinen und Stöcken. AKP-

Abgeordneter und Vorsitzender der AKP-Jugendorganisation Abdurrahim Boynukalın, der bei diesem Anlass eine Ansprache hielt, ließ mit der Aussage aufhorchen, dass sie Erdoğan an die Spitze eines zu errichtenden Präsidialsystems in der Türkei setzen würden, egal welches Ergebnis bei den Wahlen am 1. November 2015 herauskommen möge. Danach müssten sich nicht nur die Medien der Doğan Gruppe (der *Hürriyet* angehört), sondern auch die HDP, die PKK sowie die Gülen Bewegung (wörtlich übersetzt die „Fethullah’sche Terrororganisation“) „verziehen“ (siehe BBC Türkçe, 7. September 2015). Zuletzt wurden von der Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die Doğan Gruppe mit dem Vorwurf, mit ihrer Berichterstattung Propaganda für eine Terrororganisation zu betreiben, aufgenommen (BBC Türkçe, 15. September 2015).

Anlass für die Ermittlungen war also die Berichterstattung der Mediengruppe über die im Sommer 2015 neu entflammten Kämpfe zwischen der PKK und den türkischen Sicherheitskräften. Auslöser war die Hinrichtung von zwei Polizeibeamten durch die PKK in Reaktion auf einen vermeintlich durch den IS verübten Selbstmordanschlag in Suruç, bei dem mehr als 30 AktivistInnen, die Hilfsgüter nach Kobane bringen wollten, getötet wurden (BBC Türkçe, 21. Juli 2015); die PKK warf der türkischen Polizei Kollaboration mit dem IS vor (Today’s Zaman, 22. Juli 2015). Laut Medienberichten wurden in den letzten Monaten mehr als 100 Sicherheitskräfte und mehr als 1.000 PKK-Kämpfer getötet. Ein Ende der Kämpfe und eine Rückkehr zum Verhandlungstisch sind vorerst nicht absehbar. Somit gehören Berichte über Hinterhalte, Angriffe auf die Polizei und Armee sowie gefallene Soldaten und Polizisten nach einer ca. zwei Jahre andauernden Feuerpause erneut zum Alltag der türkischen Öffentlichkeit.

Darüber hinaus sind in alter Manier „innere Bedrohungen“ wieder ins Zentrum gerückt. Als im Jahr 2010 das *Dokument zur Nationalen Sicherheitspolitik* (MGSB) – welches u.a. die Bedrohungen anführt, denen das Land begegnen muss – überarbeitet worden war, hielt der damalige Regierungssprecher Cemil Çiçek fest, dass das neue Dokument nun keine abstrakten Termini mehr enthielt, die jeder beliebig ausfüllen und unterschiedlich interpretieren könnte, und welche somit zu Lagerbildungen und zu einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft und gegenseitigen Schuldzuweisungen führen könnten (CNN Türk, 22 November 2010). Der Staat gehöre dem Volk, stellte Çiçek damals fest und meinte, ein Staat könne seine eigenen Bürger nicht als eine Bedrohung sehen. Nach dem aber ein Kampf zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung ausgebrochen war, hat sich die Aufmerksamkeit der Regierung schnell wieder auf vermeintliche „innere Bedrohungen“ gerichtet. Nach Medienberichten wurde die Gülen-Bewegung unter

der Bezeichnung „parallele Struktur innerhalb des Staates“ als eine Quelle der Bedrohung erneut in das MGSB aufgenommen. Obwohl Davutoğlu die Bedeutung von innerem Frieden und von einer demokratischen Verfassung für eine erfolgreiche Außenpolitik immer wieder betont, scheint die AKP immer öfter alten Sicherheitsreflexen zu verfallen und sich alter Taktiken zu bedienen, was die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft weiter forciert und größere Instabilitäten und Ungewissheiten hervorbringt, die nicht zuletzt auch die Wirtschaft und Außenbeziehungen – ohnehin von ungünstigen internationalen Konditionen gekennzeichnet – des Landes treffen.

Das Wirtschaftswachstum des Landes ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Wurden nach einer Rezession im Jahr 2009, 2010 und 2011 Wachstumsraten von 9,2% und 8.8% erzielt, lag das Wachstum 2012 bei 2.1%, 2013 bei 4.2% und 2014 bei 2.9% (World Bank n.d.). Die Inflation betrug im Vorjahr 8.9% und lag somit weit über dem anvisierten Ziel von 5%. Von Bedeutung ist auch, dass die türkische Lira in den letzten Jahren deutlich an Wert verloren hat. 2014 gab die türkische Lira gegenüber dem Dollar um ca. 10% nach (Auswärtiges Amt 2015). Vom Januar 2015 bis Juli 2015 lag die Verlustrate bei 30% (ibid.). Aufgrund der niedrigen Sparquote und des hohen Leistungsbilanzdefizits ist die Türkei von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland abhängig. Diese sind jedoch aufgrund von Entwicklungen im Ausland (siehe US-Zinspolitik oder der Kauf von Anleihen durch die US Federal Reserve, Unsicherheiten, die der arabische Frühling für Investoren mit sich bringt; siehe dazu auch Kirişci 2015) sowie angesichts von politischen Instabilitäten in der Türkei selbst rückläufig. Zuletzt hat Finanzminister Şimşek festgehalten, dass der politische Risikofaktor einen erheblichen Anteil am negativen wirtschaftlichen Trend hat und die Türkei deshalb stabile politische Verhältnisse und eine Wiederaufnahme des Reformkurses benötige (TRT Türk, 13. September 2015). Auf die Notwendigkeit, Kapital aus dem Ausland anzuziehen, um hohe Wachstumsraten zu erzielen, verwies zuletzt auch der frühere Premier, Außenminister, und Präsident Abdullah Gül in einem Fernsehinterview (zitiert in Hürriyet, 17. September 2015; Übersetzung des Verfassers):

Der Erfolg der AKP beruht auf ihrem Erfolg in der Wirtschaft. Es war kein Zufall, dass in den letzten 10 Jahren ein Wachstum von 5,5-6 Prozent erzielt wurde. Wirtschaftswachstum stellt den wichtigsten Punkt dar. [...] Wir müssen unbedingt um 6 Prozent wachsen. Das ist möglich. Wir müssen lediglich die Türkei aus diesem Zustand des Streits herausholen und zu einem Land machen, in das investiert werden kann. Die Ersparnisse des türkischen Volkes reichen nicht aus, um ein Wachstum von 6 Prozent zu realisieren. Es ist notwendig, dass Deutsche, Englän-

der, Franzosen, Araber investieren. Es muss eine Rechtssicherheit herrschen. Das Rechtswesen ist sehr wichtig für die Wirtschaft. [...] Mit Wachstumsraten von 2 bis 3 Prozent werden wir in ein paar Jahren nicht mehr unter den G-20 sein. Sie müssen jedes Jahr Arbeitsplätze für eine Million Menschen schaffen. Mit einem Wachstum von 2 bis 3 Prozent schaffen sie das nicht. Wir müssen wie früher um 9 bis 10 Prozent wachsen.

Auch außenpolitisch funktioniert vieles nicht mehr so wie in den ersten zwei Amtsperioden der AKP-Regierung. Wurde am Ende eines eifrigen Reformprogramms eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU erreicht, so gerieten diese sehr rasch ins Stocken. Einen wesentlichen Grund hierfür stellte auch der nach wie vor ungelöste Zypernkonflikt und die türkische Weigerung, den Geltungsbereich der Zollunion mit der EU auf die Republik Zypern auszuweiten und ihre Häfen und Flughäfen somit für griechisch-zypriotische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen.⁶ Daraufhin hat die Union beschlossen, die Verhandlungen in acht Kapiteln auszusetzen. Darüber hinaus werden weitere Kapitel von der Republik Zypern sowie Frankreich unilateral blockiert. Gleichzeitig hatte die Fokussierung des Landes auf die östliche Dimension ihrer Außenpolitik zu Debatten im Westen geführt, ob sich das Land nun vom Westen abwendete und sich somit eine Achsenverschiebung in der türkischen Außenpolitik vollzog. Die türkische Nullproblempolitik⁷ unter Davutoğlu und die Öffnung gegenüber dem Osten, zu Beginn sehr erfolgreich und hoch angesehen, geriet mit dem Ausbruch des arabischen Frühlings jedoch in eine Sackgasse. Vom Iran, über den Irak (mit Ausnahme der Kurden im Norden), bis hin zu Syrien und Ägypten verschlechterten sich die Beziehungen nun deutlich. Die türkisch-israelischen Beziehungen hatten mit dem *Mavi Marmara* Vorfall, bei dem 9 TürkinInnen von israelischen Soldaten erschossen worden waren, ohnehin einen Tiefpunkt erreicht und sich trotz einer offiziellen Entschuldigung von Benjamin Netanyahu nicht erholt. Die Weigerung – im Gegensatz zu den USA – das Sisi-Regime in Ägypten anzuerkennen, das Beharren auf den Sturz von Assad in Syrien und die Errichtung einer Pufferzone bei gleichzeitiger Opposition zu kurdischen Autonomiebestrebungen im Norden des Landes, und die zumindest zunächst passive und abwartende Haltung gegenüber dem Islamischen Staat (IS) und die angebliche oder tatsächliche Unterstützung von Gruppierungen wie al-Nusra in Syrien führten die Türkei in Verbindung mit

⁶ Die AKP-Regierung hat als erstes eine Wende in der Zypernpolitik des Landes vollzogen und eine Lösung vor dem EU-Beitritt der griechischen ZypriotInnen angestrebt und zu diesem Zweck den Annan-Plan unterstützt, welcher in einem Referendum von den türkischen ZypriotInnen angenommen und den griechischen ZypriotInnen abgelehnt wurde, womit die Wiedervereinigung nicht zustande kam.

⁷ Auch der Versuch einer Annäherung und Normalisierung der Beziehungen mit Armenien blieb erfolglos, als beide Seiten zwei zu diesem Zweck unterschriebene Protokolle nicht ratifizierten.

den oben skizzierten Entwicklungen immer mehr in die Isolation.⁸ Ibrahim Kalin, der Chefberater des damaligen Premiers Erdoğan, hielt in diesem Zusammenhang fest, dass die türkischen Positionen auf Werten und Prinzipien aufbauten. Manchmal müsse man bestimmte Werte alleine verteidigen. Sollte es angebracht sein, dies als Einsamkeit zu bezeichnen, so stelle dies eine „wertvolle Einsamkeit“ („precious loniliness“) dar. Er fügte jedoch gleichzeitig hinzu, dass die Türkei weder regional noch global isoliert oder alleine sei (T24, 26. August 2015). Kurze Zeit später wurden die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei angesichts der Entscheidung, mit einem von den USA mit Sanktionen belegten chinesischen Unternehmen in Verhandlungen über den Kauf von Luft- und Raketenabwehrsystemen zu treten, einer weiteren Belastungsprobe unterzogen. Sowohl die USA als auch die NATO machten klar, dass chinesische Systeme nicht in die Infrastruktur der NATO integriert werden könnten. Die USA drohten darüber hinaus, dass ein türkisches Festhalten am Vorhaben, diese Systeme von China zu beziehen, auch negative Konsequenzen für die Rüstungskooperation zwischen US und türkischen Firmen haben würde.

Schluss und Ausblick

Die Türkei blickt nun vorgezogenen Neuwahlen am 1. November 2015 entgegen. Dass die AKP aus diesen Wahlen erneut als die stimmenstärkste Partei hervorgeht, erscheint als beinahe sicher. Ob sie aber auf den notwendigen Stimmenanteil kommt, um alleine eine Regierung bilden zu können, bleibt fraglich. Zieht man Meinungsumfragen der letzten Wochen heran, so werden der AKP von unterschiedlichen Meinungsforschungsinstituten bzw. -firmen ein Stimmenanteil von 38,2% (SONAR, siehe Internethaber, 16. September 2015) bis 44,0% (ORC, ORC 2015) prognostiziert. Gleichzeitig werden auch der HDP 11,0% (ORC; ORC 2015) bis 13,7% (SONAR; Internethaber, 16. September 2015) der Wählerstimmen vorausgesagt. Auf dieser Grundlage kann spekuliert werden, dass die HDP erneut den Einzug ins Parlament schaffen wird, wodurch die AKP ca. 45% der Stimmen benötigen würde, um alleine regieren zu können (siehe Pierini/Ülgen 2015). Dass die AKP auf diese 45% kommt, erscheint angesichts der Ergebnisse der oben genannten Meinungsumfragen als unwahrscheinlich. Somit kann erwartet werden, dass sich nach dem 1. November 2015 erneut die Frage nach einer Koalition stellt. Die Phase stabiler Alleinregierungen dürfte vorerst zu Ende sein. Die rasche Bildung einer Koalitionsregierung, die sich als langlebig erweist, erscheint jedoch vor dem Hintergrund der Polari-

⁸ Die Türkei fügte die al-Nusra 2014 zur Liste terroristischer Organisation hinzu (Hürriyet Daily News, 3. Juni 2014) und schloss sich nach dem Anschlag in Suruç der internationalen Koalition an und flog Angriffe gegen den IS.

sierung der letzten Jahre sowie angesichts der Erfahrungen, die nach den Wahlen vom Juni 2015 gemacht wurden, mehr als fraglich.

Sollte es aber den politischen Akteuren nicht gelingen, gemeinsam Antworten auf die politischen wie wirtschaftlichen Herausforderungen zu geben, dann dürfte auch die Unterstützung für die AKP in den kommenden Jahren weiter schwinden. Schließlich sind es die Erfolge, die die AKP in politischen, aber vor allem in wirtschaftlichen Fragen für sich verbuchen konnte, sowie das Fehlen einer glaubwürdigen Alternative, die ihre nach wie vor starke Stellung erklären. Es ist auch unwahrscheinlich, dass eine intern gespaltene und polarisierte Türkei, die keine Rechtssicherheit bietet und in eine ungewisse Zukunft blickt, wirtschaftlich wie außenpolitisch attraktiv und erfolgreich sein kann.

Im Moment ist das Land in den meisten von Davutoğlu als bedeutend bezeichneten Bereichen – die eingangs genannt wurden – mit Problemen und Herausforderungen konfrontiert. Der innere Frieden ist gestört, demokratiepolitisch waren zuletzt Rückschritte zu verzeichnen, die Wirtschaft, die die Muskeln versorgen soll, stockt, und es fehlt an kreativen Ideen in der Außenpolitik. Allein am Selbstbewusstsein scheint es nicht zu mangeln. Vor diesem Hintergrund rücken erneut traditionelle Elemente der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik wie die enge Verflechtung mit und der Beitrittsprozess zur EU sowie die Mitgliedschaft in der NATO und die Sicherheitskooperation mit den USA wieder in den Vordergrund. Angesichts der Unsicherheiten und Unberechenbarkeiten im Osten, kommt die westliche Dimension der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik erneut stärker zum Vorschein. Trotz aller Rhetorik von Erdoğan, der 2013 beim russischen Präsidenten Wladimir Putin sogar um eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der *Shanghai Cooperation Organization* warb (siehe Hürriyet Daily News, 1. Februar 2013), damit sie sich von der EU, die seiner Darstellung nach die Türkei nicht aufnehmen wolle und lediglich hinhalte, verabschieden könnten (siehe Hürriyet, 26. Januar 2013), bleiben die EU und die NATO konstante Komponenten einer multidimensionalen türkischen Außenpolitik; wenngleich nicht aus ideologischen Gründen, so doch aus pragmatischen Überlegungen heraus. Die EU war im Jahr 2012 größter Handelspartner der Türkei; die Exporte in die EU-Länder vervierfachten sich zwischen 1996 und 2011 (siehe World Bank 2014, 66). Die Weltbank hob in ihrem Bericht von 2014 hervor, dass in den vorangegangenen fünf Jahren drei Viertel der Investitionen aus dem Ausland aus der EU stammten. Im Vergleich bleiben die Handelsmöglichkeiten mit den Ländern des Nahen Ostens, nicht nur aufgrund der aktuellen Lage, sondern insgesamt, vergleichsweise beschränkt: Der EU-Markt ist 6,5 Mal so groß wie jener

des Nahen Ostens. Im Jahr 2010 absorbierte die Region Importe in Höhe von \$ 830 Mrd., während es allein im Falle von Deutschland \$ 1.100 Mrd waren (ibid., 82). Der Abschluss der Zollunion war für die türkische Wirtschaft extrem wichtig und nützlich, halten Kirişci und Ekim (2015) in diesem Zusammenhang fest und argumentieren, dass ein „Upgrade“ dieser für die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes essentiell wäre. Nach Angaben des früheren türkischen EU-Ministers Volkan Bozkır werden die Türkei und die EU in der Tat Anfang 2016 Verhandlungen über die Reform der Zollunion aufnehmen (Hürriyet Daily News, 6. Mai 2015). Bozkır gab gleichzeitig an, dass „one provision in the accord will automatically make Turkey part of any free trade agreement deal that the EU signs with a third party“ (zitiert in ibid.). Dies ist vor dem Hintergrund der Verhandlungen zwischen der EU und den USA über die Errichtung einer *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) eine wichtige türkische Forderung der letzten Jahre gewesen. In Bezug auf die EU-Türkei-Beziehungen ist auch zu erwähnen, dass beide Parteien im Dezember 2013 ein Rücknahmeabkommen für „illegale Einwanderer“ unterzeichnet und Verhandlungen über eine visafreie Einreise für türkische Staatsbürger in die EU aufgenommen haben (Hürriyet Daily News, 16 Dezember 2013).

Was die NATO und die Zusammenarbeit mit den USA betrifft, so gilt festzuhalten, dass beide Faktoren angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Türkei unverzichtbar bleiben. Ungeachtet dessen, dass Sicherheitsgarantien selten wasserdicht sind und die Türken sich nicht 100-prozentig darauf verlassen, dass die NATO und die USA ihnen im Krisenfall zur Hilfe eilen, so bleiben die Sicherheitsgarantien der NATO sowie die Abschreckung (inklusive ihrer nuklearen Dimension) zentrale und konstante Elemente der türkischen Sicherheitspolitik. So haben zum Beispiel NATO-Partner wie Deutschland, die USA, oder die Niederlande (später durch Spanien abgelöst) angesichts der sicherheitspolitischen Lage in Syrien Patriot Luft- und Raketenabwehrsysteme in der Türkei stationiert (die deutschen und US-amerikanischen Batterien werden Anfang 2016 abgezogen, während die spanischen vorerst verbleiben; siehe Daily Sabah, 24. August 2015). Die Türkei hat im Sommer 2015 auch die Incirlik Luftwaffenbasis für US-amerikanische Kampflugzeuge sowie für das Fluggerät anderer Koalitionspartner im Kampf gegen den IS geöffnet, die im Bedarfsfall auch andere militärische Flughäfen in der Region anfliegen dürfen. Sie beteiligt sich indes auch mit eigenen Kampflugzeugen an den Luftschlägen gegen den IS. Die Türkei und die USA betreiben gemeinsam auch ein sog. „Train and Equip Program“ für nach ihren Angaben „moderate Oppositionelle“ aus Syrien; das Programm ist auf

15.000 Kämpfer ausgelegt (Hürriyet Daily News, 5. Mai 2015).⁹ In Bezug auf die oben erwähnte Entscheidung der Türkei, Verhandlungen mit einem chinesischen Unternehmen über den Ankauf von Luft- und Raketenabwehrsystemen aufzunehmen, gilt anzumerken, dass die Türkei parallel hierzu auch Verhandlungen mit europäischen und US-amerikanischen Produzenten führt, und Ibrahim Kalin, der Sprecher des Präsidentenamtes verlautbart hat, dass das System, welches die Türkei beziehen werde, in die NATO-Infrastruktur integriert werde (Hürriyet Daily News, 23. Februar 2015). Nachdem die USA und die NATO klar gemacht haben, dass dies im Falle von chinesischen Systemen nicht möglich sein wird, kann angenommen werden, dass die Türkei letztendlich vom Kauf des chinesischen Produkts absehen wird. Insgesamt wird also deutlich, dass sich die östliche und westliche Dimension der türkischen Außenpolitik ergänzen und keine Alternativen zueinander darstellen. Die Suche nach Eigenständigkeit, Status und Prestige sowie nach einer Diversifizierung des außenpolitischen Portfolios im Sinne von Kooperationspartnern, Energie- und Waffenlieferanten, oder allgemeiner, Handelspartnern, stellen keineswegs eine Abwendung vom Westen dar.

Umfragen zeigen, dass die EU und die NATO zuletzt auch stärker in die Wahrnehmung der türkischen Öffentlichkeit getreten sind bzw. ihnen eine größere Bedeutung beigemessen wird und sie größeren Zuspruch erfahren. Laut einer Umfrage des German Marshall Fund (GMF) gaben 49% der Befragten in der Türkei im Jahr 2014 an, die NATO sei essentiell für die Sicherheit ihres Landes (GMF 2014, 29). Dies stellt einen deutlichen Anstieg in der positiven Beurteilung der NATO dar, wenn etwa das Jahr 2010 zum Vergleich herangezogen wird. Damals sahen lediglich 30% der TürkinInnen die NATO als ein essentielles Element zur Gewährleistung ihrer Sicherheit. In der Tat war der Zuspruch für die NATO seit 2004 nicht mehr so hoch gewesen wie 2014; 53% der Befragten gaben zu diesem Zeitpunkt (also 2004) an, dass die NATO für die Sicherheit des Landes unerlässlich sei (ibid., 44). Ähnlich verhält es sich mit der Unterstützung für die angestrebte EU-Mitgliedschaft des Landes: 53% der UmfrageteilnehmerInnen stellten 2014 fest, dass der Beitritt „gut für das Land“ (im Original: „a good thing“) wäre (GMF 2014, 29). Nach dem der Anteil der BeitrittsunterstützerInnen beachtliche 73% im Jahr 2004 betragen hatte, lag die Zustimmung im Jahr 2007 nur noch bei 40% und war nach einem Anstieg auf

⁹ Eine erste Gruppe von 54 Kämpfern, die das Programm absolviert und danach die Grenze nach Syrien überquert hatte, musste sich sogleich Kämpfe mit der al-Nusra Front liefern. Nach Zeitungsberichten wurden viele getötet, andere gefangen genommen (siehe Hürriyet, 21. September 2015). Mitte September berichtete US General Lloyd J. Austin dem US-Kongress, dass von der ersten Gruppe der ausgebildeten Kämpfer nur mehr 4 oder 5 auf dem Feld in Syrien operierten. Am 21. September 2015 berichtete die türkische Tageszeitung *Hürriyet*, dass weitere 75 Kämpfer nach dem Abschluss ihrer Ausbildung nach Syrien zurückgekehrt seien (ibid.).

49% im Jahr 2009 im darauffolgenden Jahr (2010) wieder auf 41% gesunken (GMF 2010, 24; GMF 2014, 29). Gleichzeitig manifestiert sich auch in der öffentlichen Meinung der Wunsch nach mehr Eigenständigkeit in der Außenpolitik, insbesondere was den Nahen Osten betrifft. Im Jahr 2014 waren weiterhin etwa ein Drittel (33%; ein Minus von sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr) der Befragten der Ansicht, dass die Türkei in internationalen Fragen eigenständig agieren sollte, während sich 28% (ein Plus von sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr) für eine Kooperation mit der EU aussprachen (GMF 2014, 29). Der Anteil jener, die sich für einen unabhängigen türkischen Ansatz gegenüber dem Nahen Osten aussprachen, lag sogar bei 46% (ibid., 8). Gleichzeitig plädierten 14% dafür, am engsten mit den Ländern des Nahen Ostens zu kooperieren; dieser Wert lag 2010 bei 20% und sank 2013 sogar auf 8% (ibid.).

Nach einer Phase innenpolitischer und wirtschaftlicher Reformen, außenpolitischer Aktivität und einer intensiven Ostpolitik, scheint die Türkei heute also – wenngleich nicht ausschließlich – innen- wie außenpolitisch erneut mit alten Problemen konfrontiert zu sein, während traditionelle Elemente wie die Mitgliedschaft in der NATO sowie der EU-Beitrittsprozess und die enge Verflechtung mit der EU wieder stärker in den Vordergrund rücken. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass wirtschaftliche und politische Erfolge zu Hause, der Türkei auch mehr Gehör, Einfluss, und Ansehen auf der internationalen Bühne verschafft haben, was wiederum die Stellung der regierenden AKP im Land selbst gestärkt hat. Innenpolitische Turbulenzen, wirtschaftliche Stagnation, und außenpolitische Isolation traten ähnlich zeitgleich auf und bedingten einander. Will die AKP ihre ambitionierten Ziele für 2023 tatsächlich realisieren, es nämlich mit einem BIP von \$ 2 Trillionen in die Top 10 der größten Ökonomien der Welt schaffen und hierbei das Exportvolumen auf \$ 500 Mrd. und das Einkommen pro Kopf auf \$ 25.000 erhöhen, wird sie zum alten Reformeifer zurückfinden und erkennen müssen, dass sie ihre heute nach wie vor starke Stellung ihren Erfolgen in der Innen-, Wirtschafts-, und Außenpolitik verdankt und nach wie vor hiervon zehrt. Erdoğan allein wird vermutlich nicht reichen, um die Massen vor dem Hintergrund einer Stagnation und eines Rückschritts in diesen Bereichen langfristig für die AKP zu begeistern. Die Wahlen am 1. November 2015 werden zeigen, wie es sich mit der Wählergunst vorerst tatsächlich verhält. Die Konsequenzen für die Innen- sowie Außenpolitik des Landes gilt es sodann zu beobachten.

Literatur

Abramowitz, Morton; Barkey, Henri J. (2009): Turkey's Transformers, The AKP Sees Big, in: Foreign Affairs, Jg. 88, Nr. 6, S. 118- 128.

Akbulut, Hakan (2005): NATO's Feuding Members: The Cases of Greece and Turkey, Wien (u.a.): Peter Lang. (=Internationale Sicherheit, 5)

Auswärtiges Amt (2015): Wirtschaft [Türkei], Juli 2015, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html [Zugriff: 19. September 2015].

Brookings [The Brookings Institution] (2013): Turkish Foreign Policy at a Time of Global and Regional Transformation: Vision and Challenges. Address by H.E. Ahmet Davutoğlu, Minister of Foreign Affairs of Turkey [Audiodatei], <http://www.brookings.edu/events/2013/11/18-turkey-transformation-challenges-davutoglu> [Zugriff: 19. November 2013].

Corke, Susan; Finkel, Andrew; Kramer, David J.; Robbins, Carla Anne; Shengkan, Nate (2014): Democracy in Crisis: Corruption, Media, and Power in Turkey, Freedom House Report, 3. Februar 2014, <https://freedomhouse.org/sites/default/files/Turkey%20Report%20-%202014-3-14.pdf> [Zugriff: 4. April 2015].

Davutoğlu, Ahmet (2013): Zero Problems in a New Era, in: Foreign Policy, 21 March 2013, <http://foreignpolicy.com/2013/03/21/zero-problems-in-a-new-era/> [Zugriff: 9. April 2013].

GMF [German Marshall Fund] (2004): Transatlantic Trends, Key Findings 2004, http://trends.gmfus.org/files/archived/doc/2004_german_key.pdf [Zugriff: 10. September 2015].

GMF (2010): Transatlantic Trends, Key Findings 2010, http://trends.gmfus.org/files/archived/doc/2010_English_Key.pdf [Zugriff: 10. September 2015].

GMF (2014): Transatlantic Trends, Key Findings 2014, http://trends.gmfus.org/files/2012/09/Trends_2014_complete.pdf [Zugriff: 10. September 2015].

HESA [Center for Legal, Ethical and Political Studies] (2014): Yeni Milli İstihbarat Kanunu ve Türkiye’de Değişimin Yönü, November 2014, <http://hesa.org.tr/assets/domain/faaliyet-raporlari/%C3%96zet%20-%20Yeni%20Milli%20C4%B0stihbarat%20Kanunu%20ve%20T%C3%BCrkiye'de%20De%20C4%9Fi%20C5%9Fimin%20Y%C3%B6n%C3%BC.pdf> [Zugriff: 30. Juni 2015].

Jenkins; Gareth (2005): Context and Circumstance, The Turkish Military and Politics, Oxford (u.a.): Oxford University Press. (=Adelphi Papers, 337)

Kirişçi, Kemal (2009): The Transformation of Turkish Foreign Policy: The Rise of the Trading State, in: New Perspectives on Turkey, Nr. 40, S. 29-57.

Kirişçi, Kemal (2015): Getting out of the ‘middle-income trap’, <http://www.brookings.edu/research/opinions/2015/02/18-getting-out-middle-income-trap-turkey-kirisji> [Zugriff: 17. März 2015].

Kuniholm R. Bruce (1983): Turkey and NATO: Past, Present, and Future, in: ORBIS, Jg. 27, Nr. 2, S. 421-445.

Kutlay, Mustafa (2015): The Turkish Economy at a Crossroads: Unpacking Turkey’s Current Account Challenge, Global Turkey in Europe, Working Paper 10, http://www.iai.it/sites/default/files/gte_wp_10.pdf [Zugriff: 13. Mai 2015].

Öniş, Ziya; Güven, Ali Burak (2011): Global Crisis, National Responses: The Political Economy of Turkish Exceptionalism, in: New Political Economy, Jg. 16, Nr. 5, S. 585-608.

ORC [Objective Research Center] (2015): Eylül 2015 Siyasi Gündem Araştırması, September 2015, <http://www.orcarastirma.com.tr/wp-content/uploads/2015/09/ORC-EYL%C3%9CL-2015-S%C4%B0YAS%C4%B0-G%C3%9CNDDEM-ARA%C5%9ETIRMASI.pdf> [Zugriff: 20. September 2015].

Özbudun, Ergun (2015): Pending Challenges in Turkey's Judiciary, Policy Brief 20, January 2015, http://www.iai.it/sites/default/files/gte_pb_20.pdf [Zugriff: 30. Juni 2015].

Pierini, Marc; Ülgen, Sinan (2015): Turkey's Game-Changing Election, 29. Mai 2015, <http://carnegieeurope.eu/2015/05/29/turkey-s-game-changing-election/i97d> [Zugriff: 18. September 2015].

Seufert, Günter (2010): Mehr Demokratie oder eine Stärkung religiös-konservativer Kräfte?, SWP-Aktuell 75, November 2010, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A75_srt_ks.pdf [Zugriff: 28. Juni 2015].

Taşpınar, Ömer (2014): The End of the Turkish Model, in: Survival, Jg. 56, Nr. 2, S. 49-64.

TMEU [Ministry for EU Affairs of the Republic of Turkey] (2014): Turkey's European Union Strategy, Ankara, September 2014, http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/d-tr/dv/07/07en.pdf [Zugriff: 14. Mai 2015].

Turan, Zübeyr (2011): Dünyadaki ve Türkiye'deki Krizlerin Ortaya Çıkış Nedenleri ve Ekonomik Kalkınmaya Etkisi, in: Niğde Üniversitesi İİBF Dergisi, Jg. 4, Nr. 1, S. 56-80.

World Bank [n.d.]: GDP growth (annual %), <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG> [Zugriff: 19. September 2015].

World Bank (2014): Turkey's Transitions, Report No. 90509 – TR, December 2014, http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2014/12/04/000470435_20141204124514/Rendered/PDF/905090v20ESW0w0ip0final0print0nov29.pdf [Zugriff: 5. Mai 2015].

Zeitungen und Nachrichtenportale:

Aljazeera Turk, <http://www.aljazeera.com.tr/>

BBC Türkçe, <http://www.bbc.com/turkce>

CNN Türk, <http://www.cnnturk.com/>

Daily Sabah, <http://www.dailysabah.com/>

Hürriyet, <http://www.hurriyet.com.tr/anasayfa/>

Hürriyet Daily News, <http://www.hurriyetdailynews.com/>

Internethaber, <http://www.internethaber.com/>

NTV, <http://www.ntv.com.tr/>

Radikal, <http://www.radikal.com.tr/>

Sabah, <http://www.sabah.com.tr/>

T24, <http://t24.com.tr/>

Today's Zaman, <http://www.todayszaman.com/home>

TRT Türk, <http://www.trtturk.com/>

Zaman, <http://www.zaman.com.tr/haber>

Türkische Außenpolitik - Reloaded?

Noch nie war die Türkei außenpolitisch so isoliert wie heute. Die Beziehungen zu Washington sind ebenso belastet – Obama reagiert kaum mehr auf Erdogans Anrufe (Aktif Haber 24-06-2015) - wie auch jene zur EU und ihren Mitgliedsstaaten. Ebenso beschränkt ist inzwischen auch Ankaras Einfluss in der Region. Insbesondere im Nahen Osten, für den die Türkei immer wieder als Modell gepriesen wurde, ist seit den Umbrüchen des Arabischen Frühlings Ankara relativ isoliert. Die Beziehungen mit Kairo, Tunis und Riyad¹⁰ sind belastet, ebenso wie jene mit dem Iran. In Libyen beschuldigt die international anerkannte Regierung Ankara der Unterstützung für die durch Islamisten dominierte Gegenregierung.

Die türkische Nahostpolitik in Folge des Arabischen Frühlings hatte vor allem auf gemäßigte islamistische Kräfte wie die Muslimbruderschaft gesetzt. Spätestens seit dem Sturz Präsident Mursis wurde aber deutlich, dass diese parteiische Haltung nicht nur zu Spannungen mit säkularen oppositionellen Bewegungen sondern eben auch mit dem al-Sisi Regime geführt hat. Auch wenn Ibrahim Kalin, der außenpolitische Berater von Präsident Erdoğan die neue Isolierung der Türkei als „*precious loneliness*“ (Today's Zaman 25-08-2015) bezeichnet hat und damit andeutet, dass die Isolierung der Türkei eine Folge von Ankaras normativer Politik, den Putsch des gewählten Präsidenten Mursi nicht anzuerkennen, sei, kann dies nicht über die Schwierigkeiten, die die Isolierung Ankaras mit sich bringt hinwegtäuschen. Ankara ist heute weiter denn je von dem Ziel einer regionalen Führungsmacht entfernt.

Der Kurs der türkischen Außenpolitik unterlag in den letzten Jahren mehrfach Änderungen. Während der EU-Beitrittsprozess die ersten Jahre der AKP Regierung bis Mitte der 2000er Jahre dominierte, konnte ab Mitte der 2000er eine verstärkte Ausrichtung der türkischen Außenpolitik auf die östliche Nachbarschaft beobachtet werden. Eingeleitet wurde diese neue Nachbarschaftspolitik mit einem radikalen Kurswechsel in der türkischen Zypernpolitik (vor dem Beitritt der Insel) der durch die Aufgabe der Blockadepolitik und einer Unterstützung für den Annan-Plan zur Wiedervereinigung verbunden war. Es folgten diplomatische Initiativen gegenüber Armenien, dem Irak (vor allem der kurdischen Autonomiebehörde) und Syrien, die alleamt eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit den Nachbarstaaten zum Ziel hatten. Türkische Diplomaten wurden zudem in mehreren „Mikrokonflikten“ in der Region tätig. So

¹⁰ Saudi Arabien gilt als einer der größten Feinde der Muslimbruderschaft und hat deshalb das al-Sisi Regime in Ägypten finanziell tatkräftig unterstützt.

vermittelte z.B. Ankara vor den irakischen Wahlen 2005 zwischen Sunniten und Schiiten (siehe; Altunışık 2014). Die neue Nachbarschaftspolitik und insbesondere das verstärkte Engagement im Nahen Osten bedeuteten eine Abkehr vom kemalistischen Credo des Isolationismus gegenüber der östlichen Nachbarschaft.

Als Architekt der neuen Nachbarschaftspolitik gilt Ahmet Davutoğlu (zunächst als außenpolitischer Berater Erdogans, dann als Außenminister und heute als Premierminister). Die durch ihn entwickelte sogenannte „Nullproblem-Politik mit den Nachbarn“ zielte darauf ab Konflikte mit und zwischen den Staaten der Nachbarschaft durch Mediation, vor allem aber durch wirtschaftliche Interdependenz und neo-funktionalistische Ansätze zu lösen. Während sich die Türkei jahrzehntelang aus dem Nahen Osten herausgehalten und gegenüber Nachbarstaaten wie Syrien eine Politik der militärischen Abschreckung verfolgt hatte verstand sich nun die Türkei zunehmend als eine regionale Soft-Power. Das Ziel war es dabei das externe Milieu der Türkei durch den Einsatz von Soft-Power aktiv umzugestalten (Hyde Price 200/8: 31).

Da dies einer Fortsetzung bzw. Umsetzung der europäischen Nachbarschaft nahekam sprachen Beobachter bereits von der „Europäisierung“ der türkischen Außenpolitik. Der Umstand, dass die Türkei im Nahen Osten als ein Vermittler europäischer Normen und Werte fungierte, wurde auch in den EU Fortschrittsberichten positiv erwähnt.

Gegen Ende der 2000er Jahre nahm das Engagement im Nahen Osten zu. Eine intensivierete „Ostpolitik“ ging mit einer immer größeren Distanz zur EU einher. Dies wurde von einigen Beobachtern als eine Neuorientierung, bzw. Achsenverschiebung in der türkischen Außenpolitik gewertet. Diese sahen die Neuausrichtung der Türkei vornehmlich ideologisch und durch identitäre Verschiebungen (Abnahme des säkularen und Zunahme des islamischen Elementes) motiviert. Verstärkt wurde diese Sicht vor allem nach den Umstürzen in der arabischen Welt.

Die Zurückführung der außenpolitischen Verschiebungen auf rein ideologische und identitäre Motivationen reicht jedoch als Erklärungsmuster nicht aus, vor allem auch nicht weil es nicht die guten Beziehungen zu Russland und China erklären kann.

Ideologie als Vehikel einer neo-realistischen Machtpolitik

Vielmehr sind die unterschiedlichen Instrumente wie Soft oder Hard-Power bzw. ideologische und identitäre Begründungen als Teil einer durch realistische Ansätze geprägten Regionalpoli-

tik zu sehen, deren Ziel es ist die Türkei als eine regionale Führungsmacht zu etablieren und dadurch auch ihren globalen Einfluss bzw. das Verhandlungsgewicht gegenüber dem Westen (EU und Washington) aufzuwerten. Meliha Altunışık hält fest, dass bereits seit den 1980ern provokativere und pluralistischere Nahostpolitik zu beobachten ist (2009: 171). Aus einer neo-realistischen Perspektive betrachtet sind die wachsenden Aktivitäten der Türkei im Nahen Osten als eine Reaktion auf einen geopolitischen Rückzug zu betrachten. Das verfehlte türkische Engagement in Zentralasien (Anfang bis Mitte der 1990er Jahre) sowie die Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die EU und die Gewährung einer Beitrittsperspektive für die Westbalkanstaaten und die damit verbundene weitgehende Stabilisierung der Region schränkten den Einfluss der Türkei und ihre außenpolitischen Möglichkeiten ein. Parallel dazu befand sich der Nahe Osten seit den 1990er Jahren in einem Machtvakuum. Während es den potenziellen Regionalmächten wie Ägypten, Saudi Arabien, Syrien oder dem Iran an Legitimität und vor allem auch an den Möglichkeiten zur Ausübung von Soft-Power mangelte, konnten auch externe Kräfte wie die USA, die EU oder Russland keine ordnende Rolle in der Region einnehmen.

Die neue Politik gegenüber dem Nahen Osten stellte demnach eine logische Konsequenz dar. Tarik Oğuzlu (2008: 3 ff.) meint, dass die türkische "Ostpolitik" durch den Patt des EU-Beitrittsprozesses und Notwendigkeiten der nationalen Sicherheitsinteressen der Türkei bedingt wurde. Ankara wurde demnach im Nahen Osten und im Kaukasus aktiv, da diese Regionen als anfällig für "spill-over Effekte" in Bezug auf Terrorismus, Migration und Energieunterbrechungen usw. betrachtet wurde.

Die Öffnung gegenüber dem Osten hatte auch eine wirtschaftliche Dimension. Während die EU seit 2008 immer tiefer in eine Wirtschaftskrise schlitterte und sich dadurch der Absatzmarkt für türkische Produkte verengte, boten die Staaten des Nahen Ostens ungesättigte Märkte, mit jungen Bevölkerungen in großer geographischer Nähe. Altunışık und Martin (2011, 578) halten in diesem Zusammenhang fest, dass das Engagement im Nahen Osten der Regierung auch dazu diente die heimischen Machtgleichgewichte neu auszurichten. Dabei spielte die gezielte Bevorzugung von einigen Geschäftsleuten vor anderen eine zentrale Rolle in der Konsolidierung der wirtschaftlichen Macht der AKP-nahen konservativen Firmen.

Das Engagement Ankaras im Nahen Osten wurde zunächst auch von den USA und der EU positiv bewertet. Die Umbrüche des Arabischen Frühlings führten aber zu Interessensverschiebungen die zunehmend mit einer Entfremdung Washingtons und Ankaras einhergingen. Die Um-

brüche in der Nachbarschaft verdeutlichten nicht nur die „Seichtigkeit“ der normativen Ansätze der türkischen Außenpolitik, sondern auch des türkischen Demokratisierungsprozesses. Auch wenn das Gleichgewicht der Machtressourcen und Interessen in realistischen Ansätzen eine zentrale Rolle spielen, so erkennen auch die meisten Realisten an, dass Staaten nicht ausschließlich durch den Willen zur Machtmaximierung geleitet sind, sondern auch Normen und Ideologien, die sich aus innenpolitischen Kontexten ergeben eine Rolle in der Definierung der außenpolitischen Ziele spielen (vgl. Öktem 2013). Das Ziel der AKP die Türkei als eine regionale Führungsmacht zu etablieren stellt ein Beispiel für das Zusammenspiel von realistischen Ansätzen und ideologischen Motivationen dar. Davutoğlus Konzept sieht die Türkei aufgrund ihrer „strategischen Tiefe“, die sich aus der geopolitischen Lage sowie dem osmanischen Erbe und der wirtschaftlichen Stärke ergibt als eine natürliche regionale Führungsmacht.

Die Umbrüche des Arabischen Frühlings boten der Türkei diesbezüglich neue Möglichkeiten. Infolge der Umstürze gab die AKP Regierung ihre neutrale Haltung gegenüber den einzelnen politischen Bewegungen auf und begann moderate islamistische (sunnitische) Gruppen wie die Muslimbruderschaft in Syrien und Ägypten oder die Ennahda Partei in Tunesien aktiv zu unterstützen. Die AKP betrachtete diese Gruppen als natürliche Verbündete für das Ziel einer regionalen Führungsrolle. Diese Strategie basierte auf der übereilten Einschätzung, dass sich in Folge der Umbrüche islamistische Bewegungen als stärkste Kraft etablieren würden. Außerdem, so hoffte man, würden gemäßigte Islamisten auch offener gegenüber Ratschlägen durch die AKP sein, die ebenfalls aus dem islamistischen Spektrum hervorgegangen war. Die AKP versuchte sich als ein Vorreiter bzw. Modell für die neu entstehenden islamistischen Parteien zu lancieren. Die Beziehungen waren aber keineswegs gleichwertig, vielmehr sollten diese Parteien später unter der Führung der AKP und Tayyip Erdoğan's in Fragen der Regionalpolitik an einem Strang ziehen. Man hoffte auch, dass diese „Schwesterparteien“ auch als ein Eintrittstor zu Ländern wie Ägypten und Tunesien, wo der türkische Einfluss bislang eher beschränkt war, fungieren könnten. Außerdem würde eine Allianz mit moderaten islamistischen Kräften auch radikaleren islamistischen Gruppen einen Riegel vorschieben. Wikileaks Veröffentlichungen weisen auf die engen Kontakte zwischen der AKP und diesen Gruppen hin. Dem Bericht zufolge wurden Vertreter islamistischer Parteien in Ankara durch den regierungsnahen Think Tank SETA in Fragen der parlamentarischen Ordnung bzw. in good governance ausgebildet. (Wikileaks- Insight Turkey, *AKP's foreign policy 04-06-2013*).

Diese Politik baute auf einem aus der Geschichte abgeleiteten türkischen Imperialismus auf. Sie unterschätzte die Verankerung des Nationalismus in den einzelnen Ländern, sowie auch den Umstand, dass aus Sicht z.B. der Muslimbruderschaft die AKP nicht islamisch genug war und dass auch die lokalen Islamisten keine Lust hatten sich in eine türkische Regionalstrategie einbinden zu lassen (vgl. Öktem 2013: 17). Der Sturz Präsident Mursis in Ägypten im Juni 2013 sowie der Wahlverlust der Ennahda in Tunesien 2014 machten aber dieser Strategie endgültig einen Strich durch die Rechnung.

Angesichts der zunehmend konfessionellen Färbung der regionalen Konflikte stellte der Fokus auf moderate islamitisch-sunnitische Kräfte als Basis des türkischen Führungsanspruchs ein riskantes Unterfangen dar, vor allem schränkt es aber den Wirkungsradius der türkischen Außenpolitik auf eine "Sunnosphere" (Today's Zaman 18-06-2014) ein. Dies äußerte sich vor allem im Syrienkonflikt. Durch die aktive Einmischung in den Syrienkonflikt auf Seiten der sunnitischen Opposition vergab die Türkei nicht nur jegliche Chance zwischen den einzelnen Parteien vermittelnd auftreten zu können, sondern sie wurde auch zunehmend in den Konflikt selbst hineingezogen.

Wie bereits im Policy Paper 10/2012 festgehalten wurde, der Syrienkonflikt auch von einer innenpolitischen Umkehr begleitet. Die Involvierung in den Konflikt besiegelte das vorläufige Scheitern eines auf Dialog und die Anerkennung von unterschiedlichen ethnisch-konfessionellen Identitäten bauenden Demokratisierungsprozesses. Die Abkehr von pluralistischen demokratischen Ansätzen und die Stärkung autoritärer Tendenzen zeigte sich insbesondere in den Reaktionen der türkischen Regierung auf die im Sommer 2013 aufgeflamten Gezi-Proteste. Tayyip Erdoğan sah die Proteste in Zusammenhang mit dem Umsturz Präsident Mursis in Ägypten als einen undemokratischen Versuch die gewählte Regierung zu stürzen. Seit dem sind Innen- und Außenpolitik verwickelter denn je.

Die Syrienpolitik der AKP in Bedrängnis

Die türkische Syrienstrategie ist weitgehend durch die Erfahrungen des Irak-Krieges und die "Kurdenfrage" der Türkei geprägt. Die türkische Regierung fürchtet, dass der syrische Staat zerfallen und in Folge eine eigenständige kurdische Entität an der türkischen süd-östlichen Grenze entstehen könnte. Anders als im Falle des kurdischen Autonomiegebietes im Norden Iraks, das durch eine Koalition der KDP und PUK regiert wird, würde diese Entität im heutigen Syrien

durch die der PKK nahestehende (sie sind Teil einer gemeinsamen Dachorganisation) PYD bzw. deren militärischen Arm YPG dominiert werden. Ankaras Sorge seit Beginn des Syrienkonfliktes war es, dass durch ein Erstarren der PYD in Syrien auch die PKK eine regionale Aufwertung erleben und dadurch den Druck auf Ankara hinsichtlich einer Autonomie der türkischen Kurdengebiete oder sogar einer Unabhängigkeit erhöhen könnte. Die türkische Syrienpolitik zielt deshalb darauf ab die territoriale Integrität des syrischen Staates zu gewährleisten. Als Garant dafür wurden als größte konfessionelle und ethnische Gruppe die arabischen Sunniten betrachtet. Ankara versuchte einerseits politisch die Opposition zu fördern indem dem durch die Muslimbruderschaft dominierten syrischen Nationalrat Schutz und die Möglichkeit aktiv zu werden geboten wurde und zum anderen unterstützte die Regierung einzelne Gruppen die innerhalb Syriens kämpften. Während die türkische Regierung weiterhin leugnet Waffen nach Syrien geliefert zu haben verdichteten sich seit 2013 die Hinweise dafür. Im Dezember 2013 berichtete die Zeitung Hürriyet, bezugnehmend auf UN COMTRADE (United Nations Commodity Trade Statistics Database), dass 47 Tonnen Waffen im Wert von 1,5 Milliarden Dollar an Rebellen in Syrien geliefert wurden. Im Mai 2015 veröffentlichte die Zeitung Cumhuriyet unter dem Titel: „Hier sind die Waffen über die Erdogan sagte es gäbe es sie nicht“ Bilder von LKWs mit Waffentransporten für Syrien, die im Jänner 2014 gegen den Willen der Regierung von der Militärgendarmarie aufgehalten und durchsucht worden waren (Cumhuriyet 29-05-2015).

Der Türkei wird in diesem Zusammenhang vorgeworfen zumindest indirekt den IS (Islamischer Staat), dessen Hauptgegner nicht das Assad-Regime sondern die kurdische PYD ist, zu unterstützen.

“In Syria Turkey had provided ISIS with weapons and training, allowed free movement across its borders by jihadists, gave them control of two critical crossing points, permitted recruitment in Turkey, and allowed ISIS to sell Syrian crude oil via Turkey, with USD 100 million estimated hidden in Turkish banks. The AKP seemed to regard ISIS as protecting Sunni interests in Syria and Iraq against anti-Sunni regimes [...]” (Raymond Hinnebusch 2015: 18)

Die Weigerung der Türkei sich an einer durch die USA geleiteten anti-IS Allianz zu beteiligen verschlechterten, die seit den Gezi-Protesten und der türkischen Haltung gegenüber Ägypten ohnehin belasteten türkisch-amerikanischen Beziehungen weiter. Vor allem hatte es aber auch fatale Auswirkungen auf das ohnehin angeschlagene Image der AKP Regierung. Insbesondere die türkische Zurückhaltung in Bezug auf die umkämpfte Stadt Kobane wurde im Ausland mehrfach kritisiert. Während Ankara in der Frage relativ isoliert war, konnte die PYD internati-

onal Kapital schlagen. Die Ankündigung der türkischen Regierung im Juli 2015 sich nun doch am Kampf gegen den IS zu beteiligen und vor allem die Luftwaffenbasis Incirlik zu öffnen wurde von den USA zwar freudig zur Kenntnis genommen, allerdings erwies es sich bald, dass die türkische Regierung viel eher an der Bekämpfung der PKK interessiert ist. Das Wiederaufflammen der Kämpfe in der Türkei mit grenzüberschreitenden Operationen bedeutet einen herben Rückschlag für den Friedensprozess, der mühsam über die letzten Jahre erarbeitet worden war. Die Rückkehr zu alt bekannten Mustern ist ein Rückschlag für die Demokratie. Dies wiederum schränkt die Soft-Power der Türkei und die damit verbundenen außenpolitischen Ambitionen ein. Nicht zu Letzt seit den Wahlen am 7. Juni 2015, bei denen die AKP herbe Verluste hinnehmen musste und nicht mehr über die für eine Alleinregierung notwendigen Mandate verfügt, sind Präsident Erdogan und die Regierung massiv geschwächt. Umfragen hinsichtlich der vorgezogenen Neuwahlen deuten auf keine signifikanten Verschiebungen bei den Wählerstimmen hin. Der militärische Konflikt scheint der Regierungspartei nicht zum gewünschten Wahlerfolg zu verhelfen. Änderungen in der Regierungskonstellation, wie z.B. eine zukünftige Koalitionsregierung, sei es mit der nationalistischen MHP oder der kemalistischen CHP, würde sicherlich auch mit Änderungen in der Außenpolitik und insbesondere der Syrienpolitik einhergehen. Zumindest haben beide Parteien immer wieder auf diese Notwendigkeit hingewiesen.

Literatur:

Altunışık, Meliha, Benli. 2014. "Turkey as an 'Emerging Donor' and the Arab Uprisings", *Mediterranean Politics*, 19 (3), 333-350.

Altunışık, Meliha, Benli and Martin, Lenore G. 2011. "Making Sense of Turkish Foreign Policy in the Middle East under AKP" *Turkish Studies*, 12 (4), 569-587.

Hinnebusch, Raymond. 2015. "Back to Enmity, Turkey-Syria Relations Since the Syrian Uprising" *Orient, Deutsche Zeitschrift für Politik, Wissenschaft und Kultur des Orients* 1/2015, 14-22.

Oğuzlu, Tarık. 2008. "Middle Easternization of Turkey's Foreign Policy: Does Turkey Dissociate from the West?" *Turkish Studies* 9 (1): 3-21.

Öktem, Kerem. 2013. "The Western Condition: Turkey, the US and the EU in the New Middle East" (<https://www.sant.ox.ac.uk/sites/default/files/thewesterncondition.pdf>)